

Nachgeholfen

Deutsche Bischöfe empfehlen die Errichtung eines Nordbistums

Als vor einigen Monaten in Rom und Warschau die *Neuordnung der polnischen Bistümer* bekanntgegeben wurde, konnte man sich aus deutscher Sicht nur wundern: Innerhalb relativ kurzer Zeit wurde in Polen eine kirchliche Strukturreform durchgezogen, von der kaum eine Diözese gänzlich unberührt blieb (vgl. HK, Mai 1992, 202 f.). Daß etwas Vergleichbares in Deutschland viel schwerer zu bewerkstelligen sein würde, konnte man damals zwar mit einiger Sicherheit vermuten – inzwischen kann man diese Vermutung jedoch auch konkret an einem Beispiel belegen.

Im Pressebericht der jüngsten Herbstvollversammlung der deutschen Bischofskonferenz wird ein weiteres Kapitel dessen, was von den Überlegungen zur Neugliederung der Grenzen deutscher Bistümer der letzten Jahre nach der überraschenden Wende im Osten übriggeblieben ist, in wenigen Sätzen festgehalten: Die Bischöfe beschlossen in Fulda, dem Apostolischen Stuhl zu empfehlen, ein neues Bistum im Norden Deutschlands zu errichten. Zum neuen Bistum sollen gehören das Jurisdiktionsgebiet des Apostolischen Administrators in Schwerin, der zu Schleswig-Holstein gehörende Teil des Bistums Osnabrück sowie das zu den Bistümern Osnabrück und Hildesheim gehörende Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg. Bischofssitz soll Hamburg werden. Zu welcher Kirchenprovinz das künftige Bistum Hamburg gehören wird, scheint noch offen zu sein. Was sich formell wie eine Empfehlung der deutschen Bischofskonferenz an Rom liest, geht faktisch auf eine *Empfehlung Roms an die Adresse der deutschen Bischöfe* zurück. Nach der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz hatte es zunächst so ausgesehen, als bliebe es im Norden bei der ursprünglichen, während 40 Jahren

DDR nicht veränderten Zugehörigkeit des Gebietes des Bischöflichen Amtes Schwerin, also Mecklenburgs, zum Bistum Osnabrück (vgl. HK, April 1992, 157 f.). Die Bischofskonferenz hatte sich in ihren Neuordnungsplänen zunächst ganz auf das Gebiet der *neuen Bundesländer* beschränkt. Die Lust zu endlosen Strukturdebatten im Zusammenhang mit einer weiterreichenden Änderung der deutschen Bistumsgrenzen insgesamt hatte sich bei den Bischöfen sehr in Grenzen gehalten.

Daß es nun schlußendlich doch zu einer – wenn auch geringfügigen – Änderung in den alten Bundesländern kommt, geht auf ein Votum des Apostolischen Stuhls bzw. von Kardinalstaatssekretär *Sodano* an die Deutsche Bischofskonferenz zurück, das auch für die deutschen Bischöfe überraschend kam. Überraschend war dies Votum weniger der Sache nach – daß Rom allüberall auf kleine, den pastoralen Bedürfnissen adäquatere Diözesen drängt, ist nicht neu und im übrigen nicht wirklich umstritten – auch in Deutschland nicht. Immerhin äußerte sich die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 70er Jahre bereits in diesem Sinne.

Neu war der Vorschlag Roms auch deshalb nicht, weil tatsächlich im Falle des Nordbistums die Überlegungen seit langem vergleichsweise weit gediehen sind. Schon zu früheren Zeitpunkten bestanden Pläne zur Errichtung eines Nordbistums.

Im Norden ist auch im übrigen die Notwendigkeit einer Änderung am offensichtlichsten: Würde man das Bistum Osnabrück lediglich in seinen Zustand vor Errichtung des Bischöflichen Amtes Schwerin zurückversetzen, so wäre ein Gebiet von der niederländischen Grenze bei Emden im Westen bis Neubrandenburg im Osten unweit der polnischen Grenze kirchlich zusammenzubinden – erschwerend kommt hinzu, daß es sich größtenteils um Diasporagebiete handelt.

Der Osnabrücker Bischof *Ludwig Averkamp* hatte im vergangenen Jahr die Errichtung eines Nordbistums für durchaus denkbar und gerade auch für

die Mecklenburger als interessant bezeichnet, aber zugleich eine solche Entwicklung nur für langfristig realisierbar gehalten. In der jetzigen Situation hält er jedoch mit seinen Bedenken nicht hinterm Berg: Nicht nur in Osnabrück fragt man sich, wie die neue Diözese personell auf eigene Füße zu stehen kommen soll. Schon in der Vergangenheit wurde der Nordteil des Bistums Osnabrück personell stark vom Süden getragen.

Der Bischofsvikar von Hamburg und Schleswig-Holstein, Weihbischof *Hans-Jochen Jaschke*, begrüßte unterdessen die neueste Entwicklung und sprach von einer Chance für den Norden. Ein neues katholisches Bistum solle im Bewußtsein ökumenischer Verantwortung und Offenheit begründet werden. Die zuständigen Gremien des Bischöflichen Amtes Schwerin hatten sich zunächst allesamt *für die Rückkehr* ins Bistum Osnabrück ausgesprochen. Inzwischen deutete Weihbischof *Norbert Werbs*, der derzeitige Diözesanadministrator, an, daß in Mecklenburg die Zustimmung für ein zu gründendes Nordbistum wachse.

Eine Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz war zunächst erst von der Frühjahrsvollversammlung 1993 erwartet worden. Daß es schneller kam, hatte auch mit der Haltung von Bischof Averkamp zu tun. Vom Moment an, als klar war, daß es auf Betreiben Roms nun doch zur Errichtung eines Nordbistums kommen würde, trieb Averkamp zur Eile, hatte er doch die Befürchtung, eine sich in die Länge ziehende Neuordnungsdebatte könnte seine Diözese auf längere Sicht lähmen.

Auch bei der jetzigen Korrektur ihrer ursprünglich auf die ehemalige DDR sich beschränkenden Neuordnungsbeschlüsse durch die deutschen Bischöfe bleibt jedoch unverkennbar, daß man es auch weiterhin nicht zu einem größeren Revirement kommen lassen möchte. Daß Rom sich mehr gewünscht hätte, weiß man. Handlungsbedarf bestünde im übrigen durchaus. Im Mittelpunkt stehen dabei immer wieder Überlegungen, den zum *Bistum Münster* gehörenden Offizialatsbezirk Oldenburg, der bis

zur Nordsee reicht und keine Landverbindung zum übrigen Bistum Münster aufweist, entweder mit dem verbliebenen Bistum Osnabrück zu fusionieren oder zusammen mit dem Bremer Umland in einem neu zu gründenden *Bistum Bremen* aufgehen zu lassen.

Der in seinen südlichen Teilen stark katholisch geprägte Teil des Bistums Münster verspürt jedoch keinerlei Neigung dazu, seine Zugehörigkeit aufzugeben. Fragen pastoraler Zweckmäßigkeit stoßen hier an die Grenzen historisch gewachsener Bindungen, die zwar in der Sache nicht unbedingt zwingend sein müssen, sich aber emotional-psychologisch als nur schwer überwindbar erweisen. Es kommt hinzu, daß jede substantielle Veränderung immer auch das konkordatar (einschließlich der Rechte im Zusammenhang mit der Bischofswahl) und sonstwie staatskirchenrechtlich fein austarierte Verhältnis von Staat und Kirche berührt. Andererseits sind auch die pastoralen Vorteile nicht so offensichtlich und gravierend, daß sie Reserven dieser Art ohne weiteres an die Seite drängen könnten.

nt

Entschärft

Vor einer neuen Phase der Ökumene in Europa?

Wie steht es mit der ökumenischen Großwetterlage in Europa drei Jahre nach der „Wende“, die den Kirchen im zuvor kommunistisch beherrschten Teil des Kontinents zwischen dem Baltikum und Albanien die Freiheit zurückgab, als deren Folge aber auch das Gespenst eines *neuen Konfessionalismus* auftauchte oder zumindest vielerorts beschworen wurde? So schwierig eine globale Antwort auf diese Frage auch ist, es spricht doch einiges dafür, daß die erste Phase der massiven Irritationen, der gegenseitigen offenen oder versteckten Vorwürfe und Mißverständnisse inzwischen am Abklingen ist, auch wenn die ökumenischen Folgeprobleme des

europäischen Umbruchs natürlich noch längst nicht bewältigt sind.

Zumindest eine gewisse Entspannung ist im *katholisch-orthodoxen* Verhältnis absehbar. Der Konflikt zwischen der ukrainisch-katholischen und der orthodoxen Kirche in der Ukraine hat sich offensichtlich entschärft; der katholisch-orthodoxe Dialog auf Weltebene ist zwar noch nicht über dem Berg, seine Fortsetzung ist aber wahrscheinlich und auch eine grundsätzliche Einigung über die Rolle der mit Rom „unierten“ Ostkirchen erscheint möglich. Allerdings sind in den meisten orthodoxen Nationalkirchen des früheren Ostblocks die Auseinandersetzungen zwischen stärker reformorientierten und mit der Vergangenheit unter den früheren Regimes verbundenen bzw. nationalistisch gesinnten Kräften noch längst nicht ausgestanden oder haben sogar noch kaum wirklich begonnen. Von daher ist zu befürchten, daß antiökumenische bzw. antikatholische Affekte zur Ablenkung von den inneren Problemen im Spiel bleiben werden.

Die *protestantischen* Ängste vor einer umfassenden, die anderen christlichen Kirchen übergehenden oder an den Rand drängenden katholischen Evangelisierungsstrategie für das neue Europa haben sich inzwischen als weit überzogen erwiesen. Die katholische Kirche hat keinen einheitlichen oder gar aggressiv-antiökumenischen „Masterplan“ zur Rechristianisierung Europas, sondern steckt in den meisten Ländern West- wie Osteuropa in einer schwierigen Übergangsphase, die eine umfassende Offensive auch dann unmöglich machen würde, wenn sie überhaupt ernsthaft gewollt wäre. Im übrigen: „Nicht nur katholische Ökumeniker reden und handeln jetzt in ökumenischer Offenheit und Rücksicht, auch der europäische Bischofsrat, die römische Bischofssynode und Papst Johannes Paul II. persönlich haben ökumenische Zeichen gesetzt, welche die Neu-Evangelisierung Europas nicht als katholischen Alleingang, sondern als ökumenische Aufgabe ansehen“ (so Reinhard Frieling in seinem ökumenischen Situationsbericht bei der

diesjährigen Generalversammlung des Evangelischen Bundes am 10. Oktober in Erfurt).

Und wie steht es speziell um die ökumenische Situation in der *Bundesrepublik* zwei Jahre nach dem Beitritt der früheren DDR? Grundlegendes hat sich weder im Positiven noch im Negativen verändert. Die evangelische wie die katholische Kirche in den neuen Ländern sind – auf unterschiedliche Weise – noch dabei, sich an ihre neue Rolle in einem veränderten Umfeld zu gewöhnen: die katholische ist jetzt „Dependance einer Großkirche“ (so ein inzwischen fast geflügeltes Wort des Erfurter Dogmatikers *Lothar Ullrich*), die evangelische hat ihren früheren Nimbus des Besonderen eingebüßt. Ökumenisch gab es in den letzten Jahren zwar einiges an Irritationen und Empfindlichkeiten, aber es wurden keine Gräben aufgerissen. In der „alten“ Bundesrepublik sind sich beide großen Kirchen in hohem Maß unsicher darüber, wie sie sich in den nächsten Jahren auf die gesellschaftlich-kulturellen Bedingungen einstellen sollen und die Diskussion darüber dürfte sich noch intensivieren (Stichworte: Volkskirche, Staat-Kirche-Beziehungen, innerkirchlicher Pluralismus usw.). Daraus könnte und müßte eigentlich ein *Impetus zu ökumenischer Zusammenarbeit* erwachsen, es kann aber auch verstärktes Besitzstandsdenken Platz greifen. Reinhard Frieling stellte seinen ökumenischen Lagebericht vor dem Evangelischen Bund unter die Überschrift: „Wider die ökumenische Gleichgültigkeit“. Den Herausforderungen der Welt könne die Christenheit nur im ökumenischen Schulterschuß begegnen: „Wenn dem in den Konfessionen und zwischen den Konfessionen mancherlei Hindernisse entgegenstehen, dürfen diese nicht zu Resignation führen, sondern müssen im ökumenischen Streit miteinander angepackt werden.“ Der Versuchung zur Gleichgültigkeit muß tatsächlich entschlossen entgegengetreten werden: Im Versuch der Realisierung der heute möglichen Schritte zu größerer Gemeinschaft zwischen den Kirchen, auch wenn sie nur Teillösungen bringen; im innerkatholischen wie -evangelischen